

# TE OGH 1988/2/24 1Ob523/88

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 24.02.1988

## Kopf

Der Oberste Gerichtshof hat durch den Senatspräsidenten des Obersten Gerichtshofes Dr. Schragel als Vorsitzenden und durch die Hofräte des Obersten Gerichtshofes Dr. Schubert, Dr. Hofmann, Dr. Schlosser und Dr. Kodek als weitere Richter in der Familienrechtssache der Antragsteller Marina L\*\*\*, Bankangestellte, Wien 2., Rotenkreuzgasse 3/4, und Gerhard L\*\*\*, derzeit ohne Beschäftigung, Wien 15.,

Tautenhayngasse 14/3/23, wegen § 98 EheG infolge Revisionsrekurses der B\*\*\* \*\*\* A\*\*\* U\*\*\* W\*\*\* AG, Wien 1., Seitzergasse 2-4, vertreten durch Dr. Heinrich Keller und Dr. Rainer Cuscoleca, Rechtsanwälte in Wien, gegen den Beschluß des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen Wien als Rekursgerichtes vom 5. November 1987, GZ 47 R 881/87-9, womit der Beschluß des Bezirksgerichtes Fünfhaus vom 31. August 1987, GZ 2 F 23/87-4, bestätigt wurde, folgenden Beschluß

gefaßt:

## Spruch

Der Revisionsrekurs wird zurückgewiesen.

## Text

Begründung:

Die Ehe der Antragsteller wurde mit Beschluß des Bezirksgerichtes Fünfhaus vom 31. Juli 1987, 2 Sch 82/87-2, gemäß § 55 a EheG im Einvernehmen geschieden. In einem bei der Tagsatzung am 31. Juli 1987 abgeschlossenen gerichtlichen Vergleich regelten die Antragsteller u.a. die Rechtsverhältnisse an der Ehewohnung und dem sonstigen ehelichen Gebrauchsvermögen. Gerhard L\*\*\* verpflichtete sich, den bei der B\*\*\* F\*\*\* A\*\*\* U\*\*\* W\*\*\* AG, Wien, aushaftenden Kredit zur Gänze allein zurückzuzahlen und Marina L\*\*\* vollkommen schad- und klaglos zu halten. Gerhard und Marina L\*\*\* stellten einvernehmlich den Antrag, gemäß § 98 EheG auszusprechen, daß Gerhard L\*\*\* für den aushaftenden Kredit als Hauptschuldner und Marina L\*\*\* als Ausfallsbürgin hafte. Das Erstgericht sprach mit Beschluß vom 31. August 1987 (ON 4) mit Wirkung für den Gläubiger aus, daß Gerhard L\*\*\* für den von der B\*\*\* F\*\*\* A\*\*\* U\*\*\* W\*\*\* AG unter

Kredit-Nummer 00141016296 gewährten Kredit als Hauptschuldner zu haften habe und Marina L\*\*\* Ausfallsbürgin sei.

Das Rekursgericht gab dem gegen diesen Beschluß erhobenen Rekurs der B\*\*\* F\*\*\* A\*\*\* U\*\*\* W\*\*\* AG nicht Folge. Einen Ausspruch über die Zulässigkeit des Rekurses an den Obersten Gerichtshof enthält die Entscheidung der zweiten Instanz nicht.

## Rechtliche Beurteilung

Der gegen den Beschluß des Rekursgerichtes erhobene Revisionsrekurs der B\*\*\* F\*\*\* A\*\*\* U\*\*\* W\*\*\* AG ist unzulässig. Der Ausspruch des Gerichtes gemäß § 98 EheG ergeht im Verfahren über die Aufteilung ehelichen Gebrauchsvermögens und ehelicher Ersparnisse nach Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeitserklärung der Ehe (§§ 229 ff AußStrG). Die Zulässigkeit des Rekurses an den Obersten Gerichtshof gegen Sachentscheidungen über die Aufteilung des ehelichen Gebrauchsvermögens und der ehelichen Ersparnisse ist in den §§ 231, 232 AußStrG besonders geregelt. Nach § 232 Abs. 1 AußStrG findet gegen Entscheidungen des Rekursgerichtes der Rekurs an den Obersten Gerichtshof nur statt, wenn ihn das Rekursgericht in seiner Entscheidung für zulässig erklärt hat. Aus dem Wortlaut dieser Bestimmung ergibt sich eindeutig, daß erst der Zulassungsausspruch bewirkt, daß der an sich unzulässige Rekurs zulässig wird, daß somit die Zulässigkeit eines Rekurses allein auf dem Ausspruch der Zulassung durch das Rekursgericht beruht. Die Unterlassung der Zulässigerklärung bewirkt somit die Unanfechtbarkeit der rekursgerichtlichen Entscheidung (7 Ob 697/84; EvBl. 1982/86; SZ 54/44 u.a.). Der fehlende Ausspruch kann daher auch - abgesehen vom Fall, daß die Zulassung des Revisionsrekurses zwar beschlossen, aber versehentlich nicht in die schriftliche Ausfertigung aufgenommen wurde - nicht im Wege einer Berichtigung nachgetragen werden. Die Unterlassung des Ausspruchs nach § 232 AußStrG kommt der Nichtzulassung des Revisionsrekurses gleich und ist daher wie ein negativer Ausspruch des Rekursgerichtes zu behandeln. Sie unterliegt daher, wie der Oberste Gerichtshof bereits ausgesprochen hat, dem Rechtsmittelausschluß des § 500 Abs. 4 ZPO (SZ 54/44).

Demzufolge ist spruchgemäß zu entscheiden.

#### **Anmerkung**

E13129

#### **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:OGH0002:1988:0010OB00523.88.0224.000

#### **Dokumentnummer**

JJT\_19880224\_OGH0002\_0010OB00523\_8800000\_000

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)